



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 17.09.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:02 Uhr bis 17:57 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym
Olaf Schöder

Thorben Vierkant
Dr. Jörg Erdsack

Katja Müller
Eric Eigendorf
Melanie Ranft

Ferdinand Raabe
Andreas Wels
Tim Kehr wieder

AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
Vertreter für Herrn Raue
AfD-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
Vertreter für Herrn Riedel
Fraktion Die Linke
SPD-Fraktion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Teilnahme bis 18 Uhr
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion FDP/FREIE WÄHLER
Vertreter für Herrn Silbersack

Verwaltung:

Dr. Alexander Vogt
Egbert Geier

René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Beate Saubke
Marco Schreyer
Maik Stehle

Oberbürgermeister
Bürgermeister
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Büroleiterin des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue
Christoph Bernstiel
Jan Riedel
Andreas Silbersack

AfD-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
Fraktion FDP/FREIE WÄHLER

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.4

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem

Vorlage: VIII/2025/01163

- hierzu liegt ein **ÄA** der SPD-Fraktion vor
- die Behandlung erfolgt unter **TOP 7.4.1**

Herr Heym vertagte im Namen seiner Fraktion

TOP 7.1

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk!“

Vorlage: VIII/2025/01293,

sowie

TOP 7.2

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses „Halle als sicherer Hafen“

Vorlage: VIII/2025/01497

und

TOP 7.3

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Förderung der Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger in ihr Heimatland

Vorlage: VIII/2025/01499.

Herr Heym wies darauf hin, dass der TOP 7.4, Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem (Vorlage: VIII/2025/01163) in den Fachausschüssen vertagt wurde. Er fragte, ob die Antragssteller den TOP vertagen wollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass der Antrag auch direkt in den Hauptausschuss verwiesen wurde und somit auch behandelt werden kann.

Herr Vierkant stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem (Vorlage: VIII/2025/01163).

Abstimmungsergebnis

Geschäftsordnungsantrag: **mehrheitlich abgelehnt**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.08.2025
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.08.2025
Vorlage: VIII/2025/01575
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Erklärung zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung („stehendes Angebot“) zur Rückgabe von NS-Raubgut
Vorlage: VIII/2025/01339
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk!“
Vorlage: VIII/2025/01293 **VERTAGT**
- 7.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses „Halle als sicherer Hafen“
Vorlage: VIII/2025/01497 **VERTAGT**
- 7.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Förderung der Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger in ihr Heimatland
Vorlage: VIII/2025/01499 **VERTAGT**
- 7.4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem
Vorlage: VIII/2025/01163

- 7.4.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem - Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01163
Vorlage: VIII/2025/01667
- 7.5. Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volt / MitBürger und der Stadträt:innen Dörte Jacobi und Thomas Schied zur Unterstützung des WIR-Festivals in Halle (Saale) – Resolution
Vorlage: VIII/2025/01574
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung der CDU-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle/Posthornstr.
Vorlage: VIII/2025/01568
- 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu den Blumenkästen an der Marktplatzseite des Rathhofes
Vorlage: VIII/2025/01562
- 8.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Philipp Pieloth (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Integrierten Klimaschutzkonzept
Vorlage: VIII/2025/01459
- 8.4. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Philipp Pieloth zur Haushaltskonsolidierung
- 8.5. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradbügeln am Riveufer
Vorlage: VIII/2025/01476
- 8.6. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufstellen einer Tischtennisplatte auf dem Spielplatz "Am Kirchtor"
Vorlage: VIII/2025/01478
- 8.7. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Gestaltung der Hallmarkttreppe
Vorlage: VIII/2025/01379
- 8.8. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Instandsetzung des Bürgersteigs am Hibiskusweg
Vorlage: VIII/2025/01456
- 8.9. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zum Radfahrverbot auf dem Bürgersteig in der Zerbster Straße
Vorlage: VIII/2025/01457
- 8.10. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Überarbeitung des Fragebogens für die Einwohnerfragestunde
Vorlage: VIII/2025/01458

- 8.11. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Yvonne Krause zu Absperrungen auf dem Laternenfest
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.08.2025
12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Einstellung einer Schuluntersuchungsärztin - Zahnärztin im Fachbereich Gesundheit
Vorlage: VIII/2025/01552
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu 3.1 Fragesteller 1 zu einer Buchmesse

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Fragesteller 1

Ja, meine Damen und Herren, ich hoffe, ich bin gut zu verstehen. Ich habe hier erstmal diesen Artikel vorzuzeigen. Der ist eigentlich der Anlass, dass ich heute hier sitze und hier bin und eben sein darf. Ich ziehe das mal noch ein bisschen näher ran.

Ja, und meine Fragen: Ich habe eine Frage und eine nachfolgende Frage. Ein Verleger und ein Autor brauchen Öffentlichkeit und die Aufmerksamkeit. Sie werden durch einen möglichen Beschluss bei der Nichtdurchführung einer Buchmesse in Halle genommen. Der Verlag, der Ausrichter der Buchmesse und das Messehaus selbst sind juristische und natürliche Personen. Und da stellt sich hier natürlich die Frage, ich trägt die in Deutschland die Verantwortung, die Firmen, auch im Vorstand. Aber es trägt natürlich kein Wir in dem Sinne Verantwortung. Wer ist also Wir? Das ist jetzt so meine Frage. Das verstehe ich einfach nicht, warum, das ist ja auch keine Zahl, das ist ein Pronomen, also ein Artikel.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Bitte entschuldigen Sie, ich kenne jetzt nicht jeden Artikel der Mitteldeutschen Zeitung, Zeile für Zeile, und Sie zitieren jetzt hier einen Artikel. Also, ich würde sagen, ich würde mich freuen, wenn Sie noch ein bisschen aufklären, wie eigentlich, also ich verstehe Ihre Frage auf Grundlage der Information jetzt nicht.

Fragesteller 1

Ja, ich möchte mit meiner Frage die Antwort versuchen, etwas zu justieren und zu verändern, dass Halle offen ist für diese Buchmesse. Und deswegen frage ich: Da sind Unternehmer hier, die in Halle sich finden, in dieser Messe und eine Buchmesse machen, warum dann dieses Wir sich dann dagegen stellt und ganz klar sogar dagegen stellt.

Ja, die nachfolgende gleich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Sie haben ja zwei Nachfragen. Grundsätzlich ist es eine unternehmerische Entscheidung. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Sie haben sich entschlossen, zu investieren. Es ist genauso, als wenn Sie ein Haus haben. Sie haben einen Mieter und es ist Ihnen überlassen, diesen Mieter einziehen zu lassen, solange es sich im Rechtsstaatlichen bewegt. Deswegen ergibt sich für mich gar nicht die Frage, Halle, wir oder uns oder ich. Es ist eine privat getriebene Messe. Die Betreiber kommen aus Dresden. Sie betreiben auch in Westdeutschland Messen etc. Es ist eine unternehmerische Entscheidung. Diese Frage kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Aber jetzt Ihre Nachfrage.

Fragesteller 1

Ja, nur zur Kommentierung. Ich habe etwa 80 Buchmessen gemacht, in Peking, in Birmingham, in Wien, in Frankfurt und habe in der GmbH mit 40 Leuten verlegerisch gearbeitet. Ich kenne mich also, glaube ich, sehr gut aus.

Ja, die zweite ist, und zwar, wer die Verantwortung über diesen Beschluss oder über diese Vorstellung, dass man das verändern sollte oder nicht machen sollte, in Halle hier übernehmen kann, dann. Ich halte das für sehr, sehr fragwürdig, denn es steht ja, die Buchmesse würde am 8. und 9.11. ein rechtsextrems, sogar menschenfeindliches Gedankengut verbreiten. Ich habe gerade das vor drei Monaten durchgemacht mit einem Rufmord in einer fast 350.000er Auflage. Ich wurde 1991 zitiert in Hannover als Major der Staatssicherheit und habe für etwa 30, 40 Jahre diesen Rufmord an meiner Person nicht mitbekommen, nicht persönlich erlebt. Ich habe nur festgestellt, dass ich einfach die Kontakte alle, die ich hatte, die mir dann vorauseilten, durch den Ruf eines sozusagen Mordes. Und dieser Rufmord trifft ja auch das Messerhaus, dann die Vertragspartner, das sind ja ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Es ist eine Einwohnerfragestunde, und keine Einwohnererklärstunde.

Fragesteller 1

Ich habe ein Fragezeichen. Also, trifft auch das Messehaus, die Vertragspartner, die Verleger, sogar die Autoren, das sind ja alles juristische oder natürliche Personen. Und jetzt könnte ich natürlich sagen, wer hat das zu verantworten, dass sowas in der Presse dann steht, oder hier sind...

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Nochmal, was ist Ihre erste Frage?

Fragesteller 1

Wer zu verantworten hat, dass das ein rechtsextremes Unternehmen oder Vorhaben ist, ein Buchhaus oder eine Messe oder Autoren, Verleger so zu titulieren, zu bezeichnen, Rechtsextremismus ist...

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Nochmal, wir sind hier bei der Stadt Halle (Saale), wir sind hier in einem Hauptausschuss und es geht um Dinge, die die Stadt, also, unsere Arbeit, unsere Verwaltungsfähigkeit etc. Nochmal, was ist Ihre Frage in Bezug zur Tätigkeit, zur Aktivität, zur Existenz dieser Kommune?

Fragesteller 1

Ja, und zwar, dass, glaube ich, die Bitte herangetragen wird an die Kommune, an die Stadt, dass eine Gegenaktion, nennt sich Aktion, zu finanzieren. Ich bin Steuerzahler.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, gut. Also das heißt, Sie haben jetzt eine Bitte formuliert, keine Frage. Die Bitte habe ich Ihnen bereits zu Beginn beantwortet. Es ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen.

Fragesteller 1

Genau.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Tut mir leid.

Ich habe eine Frage von Frau Ranft.

Frau Ranft

Ne, ich habe es wie so eine Art Antwort. Das ist ja anders als im Stadtrat, möglich, dass auch Stadträte befragt und antworten können. Und was ich jetzt verstanden habe, ist, dass sie wissen wollen, wer jetzt hinter dieser Resolution steckt. Und hinter dieser Resolution stecken alle die, die da mit dem Namen drunter stehen. Das ist, glaube ich, Volt, das sind die Grünen, das ist die SPD, die Linke. Und habe ich wen vergessen? Das sind diejenigen, die diese Resolution unterstützen, die wir heute hier besprechen. Wir werden nachher auch versuchen, dass denjenigen vom Wir-Festival, die hier sind, Rederecht bekommen. Und meine Fraktion hat sich entschieden, das Wir-Festival zu unterstützen, aber nicht finanziell. Der Stadt entstehen dadurch gar keine Kosten. Aber wir sagen, dass wir diese Buchmesse nicht in Halle haben wollen. Es steht bei Ihnen zwar geschrieben, dass die kleine unabhängige, also, ich gehe jetzt mal davon aus, dass sie dafür tätig sind. Ich weiß jetzt nicht ganz genau. Also, es muss irgendwo stehen, dass kleine unabhängige Verlage gefördert werden durch sie. Aber wenn man auf die Teilnehmerliste guckt, dann sind ja da doch fast nur ausschließlich rechte, rechtsextreme Verlage und Projekte, die sich da präsentieren. Da ist zum Beispiel die Jungeuropa-Verlag, geleitet von dem 1 %-Mitbegründer Philip Stein, da sind die Hydra-Comics, die eine Verbindung zur NPD und zum neuen Neonazi-Umfeld haben, da ist der Gerhard-Hess-Verlag, der von einem Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten geführt wird und da ist das TUMULT-Magazin, das mit völkisch-geschichtsrevisionistischer Ausrichtung agiert. Und das sind die Gründe, die mich und meine Fraktion dazu geleitet haben, zu sagen: „Wir möchten das nicht in Halle.“ Wir möchten nach der AfD-Konferenz von Bundeseite in Halle. Wir wollen nicht auch noch eine rechte Buchmesse in Halle haben, damit wir in Halle weiter sozusagen als weltoffene Stadt wahrgenommen werden. Und das ist der Hintergrund, warum mein Name, ich bin die Fraktionsvorsitzende meiner Fraktion, warum mein Name darunter steht. Und ich denke, dass das den anderen auch möglicherweise so ähnlich geht.

Sie haben die Frage nicht so konkret gestellt, aber das ist jetzt meine Antwort auf die Frage, die ich bei Ihnen vermute.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Frau Ranft. Frau Müller, bitte.

Frau Müller

Wenn ich dazu ergänzen darf, beziehungsweise um auch mal was richtigzustellen. Weder das Wir-Festival noch die antragstellenden Fraktionen, die diesen Antrag hier heute eingebracht haben, wollen und können diese Buchmesse verhindern, dass diese Buchmesse stattfinden darf. Das ist uns allen klar, das wurde ausgeführt, das ist privatwirtschaftlich, da kommt man nicht ran. Und wenn man aber auch so eine Buchmesse sozusagen hier in Halle stattfinden lassen kann und dort auch sowas verbreitet wird, das fällt dann wahrscheinlich auch noch unter freie Meinungsäußerung, aber dann sind wir halt auch der Meinung, kann auch der öffentliche Raum in dieser Zeit oder generell auch immer auch durch andere Meinungen besetzt werden. Und um nichts Anderes geht es bei dem Wir-Festival. Es geht nicht darum, die Buchmesse zu verhindern. Wie gesagt, weder dem Festival noch den Antragstellern. Aber ein öffentlicher Raum kann so und so genutzt werden. Und Meinungsfreiheit ist das eine und das andere genauso. Und so, denke ich, müssen Sie das eher sehen. Und die Unterstellung, dass hier irgendwas verhindert werden soll, stimmt einfach nicht, weil das ist nicht möglich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Frau Müller. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Also ganz kurz, Frau Müller, das habe ich insbesondere auch bei Ihren Auftritten diesbezüglich im Stadtrat anders wahrgenommen, was die Zielsetzung betrifft. Die Frau Ranft hat sich da schon ziemlich deutlich ausgedrückt und damit das hier auch dokumentiert wird, bitte ich um ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, ist entsprechend so auch notiert. Gut, dann danke ich Ihnen recht herzlich. Ah nein, Entschuldigung, Herr Schöder.

Herr Schöder

Ja, ich habe dann doch eine Frage, ob denn dieses Ansinnen, dieses politische Ansinnen, was diese Antragsteller haben, eigentlich hier hingehört. Politische, ideologische Geschichten haben hier in der Stadt, in einem Stadtrat erstmal nichts zu tun. Wir waren gerade in Europa, wir waren gerade in Brüssel. In dieser Fahrt waren sie leider nicht mit dabei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Herr Schöder, Entschuldigung. Ich bin noch nicht so lang hier in dem Stadtrat, aber ich hatte jetzt noch nicht eine Situation, dass eine Einwohnerfragestunde in einem politischen Diskurs zwischen den Stadträten ausartet. Deswegen würde ich Sie bitten, wir haben noch eine Resolution dazu hier auf der Tagesordnung und würde Sie dann bitten, dann in diesem Rahmen dann Ihre Ausführungen zu machen.

Herr Schöder

Für mich war es auch gewöhnlich jetzt hier.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Nein, es ist ja so, die Stadträte, die Einwohnerfragenden haben die Möglichkeit, die Stadträte auch direkt zu adressieren und hier haben Frau Ranft und Frau Müller einfach für Klarheit gesorgt und noch ergänzt und das finde ich eine gute Ergänzung, aber bilateral jetzt nicht. Ich danke Ihnen recht herzlich.

zu 3.2 Fragesteller 2 zur Vergnügungssteuer

Fragesteller 2 hinterfragte eine Unstimmigkeit bezüglich der Kosten der Vergnügungssteuer in Halle. Im Finanzausschuss wurde eine Zahl von 60.000 Euro für den Posten Controlling genannt, und Frau Dr. Marquardt in einer Hauptausschusssitzung sagte, dass der Aufwand ca. 2 Arbeitsstunden pro Jahr für die Bearbeitung der Vergnügungssteuer beträgt. Der Fragesteller fragte, wie diese große Differenz zwischen den beiden Zahlen zustande kommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass die Vergnügungssteuer verschiedene Bereiche umfasst, darunter auch eine Steuer für Tanzveranstaltungen, wo die Einnahmen ca. 6.000 bis 7.000 Euro im Jahr betragen und der administrative Aufwand geringer ist. Wenn das gesamte Thema der Vergnügungssteuer betrachtet wird, ist der administrative Aufwand deutlich höher.

Herr Bürgermeister Geier kritisierte, dass die genannte Zahl von 60.000 Euro aus dem Zusammenhang gerissen wurde. Er erklärte, dass sich diese Zahl nicht auf die allgemeine Erhebung der Vergnügungssteuer bezieht. Es ging vielmehr um die Kosten für stadtweite Kontrollen von Tanzveranstaltungen, um Steuerhinterziehungen zu verhindern. Falls man diese Kontrollen ernsthaft durchführen will, sind erhebliche Personalressourcen nötig. Daher wurde im Zusammenhang mit diesem Kontrollaufwand der Betrag von 60.000 Euro genannt.

Fragesteller 2 fragte, ob die Stadt eine Kontrolle durchgeführt hat oder nicht.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass Kontrollen/Stichprobenkontrollen gemacht und die Steuererklärungen geprüft wurden. Weiter sagte er, dass jedem Hinweis auf Veranstaltungen, die durchgeführt wurden, nachgegangen wird.

zu 3.3 Fragesteller 3 zum Haushaltskonsolidierungskonzept

Fragesteller 3 bezog sich auf die Einwohnerbeteiligung im Haushaltskonsolidierungsprozess. Er wies auf eine Summe von rund 13,6 Millionen Euro hin, die im aktuellen Konsolidierungskonzept durch Einsparungen und Steuererhöhungen (Grundsteuer A und B, Hundesteuer, Zweitwohnsitzsteuer) vorgesehen ist. Er fragte, ob und wie die Stadt plant, die Einwohnerschaft aktiv in diesen Prozess einzubinden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt hinterfragte, wie man bei Steuererhöhungen eine Bürgerbeteiligung sinnvoll gestalten soll, da das Ergebnis klar sei. Die Steuererhöhungen sind für die Stadt das allerletzte Mittel, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Er betonte, dass die schwierige Finanzlage auf eine verantwortungslose Finanzpolitik des Bundes gegenüber den Kommunen zurückzuführen sei.

Fragesteller 3 kritisierte, dass beim Sportausschuss die Einwohnerbeteiligung auf eher ungewohnte Weise stattfand: Eine größere Gruppe von Bürgern zeigte lautstark ihre Meinung, was eigentlich gegen die Geschäftsordnung ist. Die Verwaltung und einige Mitglieder haben dieses Verhalten geduldet bzw. sind nicht eingeschritten. Er sagte, dass die Situation aus parlamentarischer Sicht problematisch ist, und sah darin eine Art neue Form

der Bürgerbeteiligung. Er fragte, ob dieser Vorfall im Sinne der Anwendung der Geschäftsordnung keine Wiederholung findet.

Herr Schreyer erklärte, dass die Sitzungsleitung dem jeweiligen Vorsitzenden des Gremiums obliegt und die Verwaltung begrenzte Möglichkeiten hat, dort Einfluss zu nehmen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.08.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 20. August 2025. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass die Informationsvorlage vor dem Wappensaal ausgehängt ist.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Erklärung zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung („stehendes Angebot“) zur Rückgabe von NS-Raubgut
Vorlage: VIII/2025/01339**

Frau Dr. Marquardt führte in die Vorlage ein und erläuterte, dass die Vorlage ein rechtssicheres Verfahren für den Umgang mit NS-Raubgut schaffen soll – das sogenannte Schiedsgerichtsverfahren. Bisher fehlte eine einheitliche Regelung, sodass jeder Einzelfall gesondert und ohne rechtliche Sicherheit behandelt werden musste. Bund und Länder haben sich nun auf dieses Verfahren verständigt, und es geht darum, dass sich auch die Kommune dieser Erklärung anschließt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Abgabe eines „stehenden Angebots“ zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung zur Rückgabe von NS-Raubgut gemäß der Anlage 1.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem Vorlage: VIII/2025/01163

zu 7.4.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem - Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01163 Vorlage: VIII/2025/01667

Herr Dr. Erdsack führte in den Antrag seiner Fraktion ein. Er kritisierte die unzureichende Benennung elektronischer Dateien im Ratsinformationssystem. Durch identische Dateinamen wie „Beschluss aktuell“ ist die Suche nach bestimmten Vorlagen eingeschränkt. Er erklärte, dass er die Unterlagen zur Vorbereitung lokal speichert und aufgrund der mehrfach gleichen Bezeichnungen viel Zeit aufwenden muss, um die Dateien manuell umzubenennen und zuzuordnen. Der Antrag schlägt vor, Lösungen zu prüfen, für ein effizienteres Dokumentenmanagement. Eine Möglichkeit ist eine verbindliche Benennung der Dateien nach einem einheitlichen Muster.

Herr Eigendorf führte in den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und sagte, dass er vielen Punkten von Herrn Dr. Erdsack zustimmt. Der Änderungsantrag schlägt vor, weitergehende Prüfungen vorzunehmen. Er verwies dabei auf den Einsatz moderner Technologien wie KI-gestützte Chatbots (z. B. „Emma“ in Gelsenkirchen), die bei der systematischen Suche und Zusammenfassung von Dokumenten helfen können. Er bat um Zustimmung des Änderungsantrages.

Frau Ranft äußerte, dass es wichtig ist, bei der Prüfung die Fraktion mit einzubeziehen. Sie nannte drei Hauptprobleme aus Sicht ihrer Fraktion:

1. Die Benennung: Alle Dokumente heißen „Beschlussvorlage“.
2. Beschlüsse sind nicht eindeutig nummeriert oder korrekt zugeordnet – auch bei Änderungen bleibt der Name oft gleich.
3. Antworten der Verwaltung heißen immer nur „Antwort der Verwaltung“, was die Zuordnung und Suche erschwert.

Sie sagte, dass es wichtig ist, zunächst die Anwendung für die Menschen zu verbessern, bevor man mit einer KI nachsteuert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sicherte zu, dass die Verwaltung sich mit den Fraktionsmitarbeitern zusammensetzen wird, um gemeinsam die KI basierte Vereinfachung im Rahmen der Arbeit zu verbessern.

Herr Kehrwieder stimmte zu, dass das Programm nicht bürgerfreundlich ist. Er äußerte, dass die Funktion eines Sammel-Downloads sinnvoll ist, da aktuell jedes Dokument einzeln heruntergeladen werden muss. Er sagte, dass er den Einsatz einer KI für sinnvoll erachtet, da die Suche in Form eines Chatbots erleichtert werden kann, sowohl für die Ratsmitglieder als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Er äußerte seine Zustimmung für den Antrag und den Änderungsantrag.

Herr Heym bezog sich auf den Änderungsantrag und sagte, dass dieser für die Problematik hilfreich ist, da eine KI speziell bei der Suche nach bestimmten Vorlagen eine Erleichterung ist, da eine KI sich in der Regel selbstlernend weiterentwickelt. Diese könnte für die Datenbank eine Unterstützung sein. Er äußerte seine Zustimmung für den Antrag und den Änderungsantrag.

Herr Raabe fragte, ob die Dokumentenbenennung in der Hand der Verwaltung liegt oder das Programm dies vorgibt.

Herr Stehle erklärte, dass grundsätzlich im Programm die Einstellung hinterlegt ist, dass Vorlagen die Bezeichnung „Beschlussvorlage aktuell“ erhalten. Er wies darauf hin, dass jeder Fraktionsmitarbeiter das Dokument eigenständig umbenennen kann. Er sagte, dass die Verwaltung dem Antrag und dem Änderungsantrag offen gegenübersteht, wies aber darauf hin, dass hier eine Abstimmung mit dem Hersteller erforderlich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis ~~September 2025~~ **Januar 2026** zu prüfen, wie die Bezeichnung, Verschlagwortung und Sortierung elektronischer Dokumente (Anträge, Anfragen, Vorlagen etc.) im Ratsinformationssystem zukünftig systematisch, einheitlich und für alle Nutzerinnen und Nutzer nachvollziehbar gestaltet werden kann. Ziel ist eine verbesserte Auffindbarkeit und Benutzerfreundlichkeit. **Weiterhin prüft die Verwaltung den Einsatz eines KI-basierten Chatbots, um öffentliche Dokumente und deren Inhalte schneller und effektiver auffindbar zu machen sowie deren Inhalte nutzerfreundlich darzustellen.**

Die Ergebnisse der Prüfung sollen im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung vorgestellt und besprochen werden.

zu 7.4 **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem**
Vorlage: VIII/2025/01163

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis ~~September 2025~~ **Januar 2026** zu prüfen, wie die Bezeichnung, Verschlagwortung und Sortierung elektronischer Dokumente (Anträge, Anfragen, Vorlagen etc.) im Ratsinformationssystem zukünftig systematisch, einheitlich und für alle Nutzerinnen und Nutzer nachvollziehbar gestaltet werden kann. Ziel ist eine verbesserte Auffindbarkeit und Benutzerfreundlichkeit. **Weiterhin prüft die Verwaltung den Einsatz eines KI-basierten Chatbots, um öffentliche Dokumente und deren Inhalte schneller und effektiver auffindbar zu machen sowie deren Inhalte nutzerfreundlich darzustellen.**

Die Ergebnisse der Prüfung sollen im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung vorgestellt und besprochen werden.

**zu 7.5 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volt / MitBürger und der Stadträt:innen Dörte Jacobi und Thomas Schied zur Unterstützung des WIR-Festivals in Halle (Saale) – Resolution
Vorlage: VIII/2025/01574**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Kommen wir nun zum Tagesordnungspunkt 7.5, Antrag der SPD, Die Linke, Bündnis 90 Grün, Volt, Mitbürger und natürlich Frau Jacobi und Schied zur Unterstützung des WIR-Festivals in Halle (Saale)-Resolution.

Wir haben schon eine erste Wortmeldung und zwar von Herrn Eigendorf und danach Herrn Wels.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erlauben Sie mir bitte, dass ich den Antrag in Vertretung für die zahlreichen Antragstellerinnen und Antragsteller an dieser Stelle kurz einbringe.

Sie wissen alle, mit dem Wir-Festival soll unsere Stadt zeigen, dass sie für Weltoffenheit und dass sie für Zusammenhalt steht. Und dass gerade in Zeiten, in denen Veranstaltungen wie zum Beispiel die sogenannte Buchmesse „Seitenwechsel“ gezielt mit rechtsextremen Inhalten provoziert, da braucht es nach Überzeugung der Initiatorinnen und Initiatoren dieses Festivals ein klares Bekenntnis für Demokratie und für Vielfalt.

Das Festival, das ist auch die Überzeugung, die wir als Antragstellerinnen und Antragsteller haben, ist ein Ausdruck für eine lebendige Zivilgesellschaft, für eine breit getragene Zivilgesellschaft, die wir in unserer Stadt haben. Und sie zeigt, dass wir als Stadt gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Verantwortung nehmen und Haltung zeigen. Deswegen bringen wir an dieser Stelle die Resolution zur Unterstützung dieses Festivals ein.

Und ich möchte an dieser Stelle für Frau Theresa Donner und Herrn Steffen Hendel, die beiden auch heute hier anwesenden Initiatorinnen und Initiatoren des Wir-Festivals, das Rederecht beantragen. Damit sie auch die Möglichkeit haben, nochmal genauer, als wir das jetzt könnten, aus erster Hand zu berichten, was die Ziele des Festivals sind, wie genau das Festival aussieht und warum es eben eine unterstützenswerte Initiative der halleschen Zivilgesellschaft ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Herzlichen Dank Herr Eigendorf. Herr Wels, wollen Sie danach reden? Sollte ich jetzt mal das Rederecht abstimmen?

Herr Wels

Das wäre das Beste. Erst das Rederecht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Dann würde ich jetzt bitten, Sie abzustimmen für das Rederecht. Ich würde beide zusammen gleich abstimmen lassen. Frau Donner und Herrn Hendel, wer ist dafür, dass wir das Rederecht hier erteilen? Wer ist dagegen? Gut, damit haben wir keine Enthaltung.

Also, ich möchte Sie bitten, Frau Donner und Herrn Hendel, hier bitte nach vorne zu kommen. Und Sie können sich ja selber organisieren, wer entsprechend wie redet.

Herr Hendel

Ja, vielen Dank für die Gelegenheit, dass wir nochmal ganz kurz, wir versuchen es kurz zu machen, nochmal über das Wir-Festival reden können, nochmal was darstellen können. Man merkt, es gibt viele Lesarten, auch viele Missverständnisse, auch in den Medien zu dem Festival. Da vielleicht nochmal von uns, von der Initiatorenmenseite, ein paar klarere Worte, vielleicht auch die Missverständnisse zu relativieren oder vielleicht sogar zu beseitigen.

Wir wollen uns mal ganz kurz vorstellen.

Frau Donner

Ich bin Theresa Donner, Inhaberin der Buchhandlung „heiter bis wolzig“.

Herr Hendel

Ich bin Steffen Hendel, ich bin festangestellt an der Uni, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Germanistik und schon Mitbegründer des Literaturhauses dort im Vorstand und auch im Vorstand von Radio CORAX. Also zivilgesellschaftlich schon seit ein paar Jahren unterwegs.

Das Wir-Festival ist, und das wurde ja schon mehrmals gesagt, aber das mal zu unterstreichen, ist eine zivilgesellschaftliche Initiative und die hat sich vorgenommen, in den kommenden Monaten, das weiß man auch, ein Festival in der gesamten Stadt und in angrenzenden Gemeinden durchzuführen, zu begleiten, zu initiieren. Die Gruppe von uns, dazu wird Theresa Donner gleich noch ein bisschen was sagen, sie ist relativ groß, sie ist sehr breit und politisch konventionell, aber auch persönlich äußerst divers. Und wir haben uns zur Aufgabe gemacht, ein Festival zu initiieren, Veranstaltungen anzuleiten, die in der Stadt niedrigschwellig sind, auf allen Ebenen, die inklusiv sind, offen und so frei und vielleicht so unterhaltsam wie auch ernsthaft.

Was soll gezeigt werden? Vielleicht erstmal vorneweg, bevor wir auf den Hintergrund kommen: Das wurde jetzt auch schon oft hervorgehoben, dass diese Stadt und die Stadtgesellschaft eine vielgestaltige und vor allem auch vielstimmige Kulturszene hat. Leute, die sich vielleicht jetzt nicht professionell in der Kultur, aber auch affiziert sind, dort Publikum sind. Das Festival will das nochmal deutlich machen, unterstützen, sichtbar machen, Gelegenheit geben, dass das praktiziert und gesehen wird.

Das ist also eine Einladung an die Stadtgesellschaft. Das ist kein Befehl von oben, sondern wir bieten die Gelegenheit, sich zu engagieren, das bis dato, und das läuft ja offiziell ab kommenden Sonntag, aber inoffiziell schon erst seit anderthalb Wochen, unglaublich umfangreich wahrgenommen wird. Die Formate, die wir stattfinden lassen, sind äußerst verschieden. Die Zugänge sollen verschieden sein, alle Altersgruppen umfassen und so weiter.

Man muss es nennen, es wurde ja auch schon mehrmals genannt heute, weil alle wissen um den Hintergrund, aber es kursieren sehr viele Missverständnisse oder viele Gelesarten. Der Anlass, und das ist unleugbar, ist natürlich die Buchmesse in der Halle Messe, die für diesen Herbst geplant ist. Und offenkundig ist auch, das ist erstmal das Selbstbewusstsein, aber auch die Selbstanzeigen auf der Internetseite von Seitenwechsel: Es ist eine Messe von rechten Akteuren und Verlagen.

Als das bekannt wurde im Frühjahr, ging nicht von irgendeiner Institution, sondern es ging ein Schreck durch die Zivilgesellschaft, jedenfalls viele Kreise, die gesagt haben: „Wie verhalten wir uns dazu?“ Und man hat sich gefunden und gesammelt, um jetzt nicht gegen die Buchmesse zu agieren, sondern zu fragen: „Was steht eigentlich auf dem Spiel?“ Was riskieren wir an Stadtgesellschaft, an breiter Kultur, wenn die Rechten durchsetzen, womit sie ja argumentieren? Man muss sich nur die Anträge anschauen, die von der einen Fraktion im Landtag immer wieder rausgegeben werden. Man kann sich auch die kleinen Anfragen an

die Vereine und auch an die Universität mittlerweile anschauen. Das sind Marken, wo man merkt, es ist ernst gemeint und wie das Kulturleben, das Wissenschaftsleben beschnitten werden soll. Und das ist alles andere als eine Freiheit, eine Offenheit, eine Inklusion, ein Willkommen. Es ist, naja, was es ist, kann man sicher darüber diskutieren.

Also, das Festival will nochmal der Zivilgesellschaft vorlegen und sagen, erstmal sich selbst zu engagieren und zu sagen, das ist die Kultur, die wir haben. Und sich selbst nochmal fragen, will man das aufgeben oder will man das bewahren und vielleicht sogar dafür kämpfen. Und das ist quasi der Rahmen, auch der gedankliche Rahmen dazu, um nochmal deutlich zu machen, das Gegen ist viel zu kurz gegriffen, das ist überhaupt eigentlich abwegig. Eigentlich ist es eine Gelegenheit nochmal zur breiten Diskussion, was wir eigentlich haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Okay, ich glaube, der Pudelskern ist schon längst ersichtlich, aber sie möchten noch was ergänzen.

Frau Donner

Genau, ich würde an dieser Stelle gerne noch ergänzen, dass es eine breite Unterstützung ja bereits schon gibt, nicht nur in der Stadtbevölkerung. Also, die Hallenser Museen, das Museumsnetzwerk unterstützt die Initiative. Es ist hier auf dem Marktplatz zu sehen. Es wird am Sonntag eine große öffentliche Veranstaltung geben. Aber auch der Börsenverein des Deutschen Buchhandels unterstützt die Initiative finanziell. Als auch der Geschäftsführer Peter Kraus von Cleff hat sich öffentlich dazu geäußert und unterstützt das Festival. Das heißt, diese ganze Initiative ist nicht, ist quasi bundesweit gesehen und auch anerkannt und die Menschen unterstützen das sehr breit.

Und vom Prinzip, ja, also es ist einfach nicht nur hier, es ist ein durchaus nur positives Aushängeschild für Halle, an dem alle sich beteiligen können, die möchten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Okay, herzlichen Dank. Vielen Dank, dass Sie auch sich die Zeit nehmen, das hier entsprechend zu erklären.

Gibt es dazu noch Äußerungen oder das Bedarf des Rederechtes anderer Stadträtinnen und Stadträte?

Dem ist nicht so. Dann, wo hatten wir noch?

Na gut, aber, Herr Frau Müller, ich danke Ihnen für diesen Hinweis. Ohne Sie würde ich ja völlig untergehen.

Herr Wels, willst du noch was sagen?

Herr Wels

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Liebe Kolleginnen und Kollegen und auch liebe Gäste, ich glaube, es ist völlig unstrittig, dass wir uns hier als Stadtgesellschaft für Demokratie, für Vielfalt, für das friedliche Miteinander einsetzen müssen. Gerade mit Blick auf die Ereignisse des 9. Oktober 2019 muss es auch eine zentrale Aufgabe des Stadtrats sein, sich dafür auch einzusetzen. Und das ist auch das Positive an diesem Antrag.

Und ich denke, dass das Wir-Festival verschiedene engagierte Initiativen zusammenbringen wird. Es wird Möglichkeiten bieten, ins Gespräch zu kommen, und setzt definitiv, davon bin ich überzeugt, positive Zeichen, auch als Gegenpol, und das möchte ich auch ausdrücklich anerkennen, was man hier versucht, auch auf die Beine zu stellen.

Wenn man sich aber den Antrag noch mal genauer anschaut – das kam vorhin schon mal kurz zur Sprache – sieht man eben, dass es sich auch um eine Prüfung einer finanziellen Unterstützung durch die Verwaltung handelt. Das klingt auf den ersten Blick natürlich nach nicht viel, aber in Zeiten knapper Kassen, muss man immer noch mal dran denken, wird das schwierig sein, egal wie die Verwaltung hier am Ende auch zu einem Prüfergebnis kommt. Wir diskutieren über Einsparungen, über Haushaltslöcher, über Pflichtaufgaben, die vielleicht nicht mehr zu erfüllen sind, über zusätzliche Leistungen, die zu streichen sind, Betriebskostenbeteiligung etc. pp. Das wird uns die nächsten Wochen hier erreichen. In dieser Situation muss man sich die Frage stellen: Was kann man sich hier noch an neuen Projekten, und das wäre eine freiwillige Leistung, ich beziehe mich erst mal nur auf den Antragstext einer Prüfung finanzieller Unterstützung, was geht hier an der Stelle noch? Ich denke erst mal wenig.

Der zweite Teil des Antrages betrifft ja die Buchmesse „Seitenwechsel“. Hier möchte ich noch mal deutlich machen: Ich habe persönlich kein Verständnis für Inhalte, die letztlich ausgrenzend wirken. Ich habe kein Verständnis für Inhalte, die die Demokratie in Frage stellen. Aber, und das ist im Prinzip völlig entscheidend, die Halle Messe ist eben ein wirtschaftliches Unternehmen, das muss man akzeptieren. Die treffen Geschäftsentscheidungen, um Geld zu machen, um Einnahmen zu generieren, um zu überleben in schwierigen Zeiten. Und hier müssen wir anerkennen, dass der Einfluss der Stadt genau in diese geschäftlichen Interessen und Entscheidungen äußerst begrenzt ist. Und ich halte es tatsächlich für problematisch, wenn der Stadtrat anfängt, über das, was im Antragstext steht, über den OB, sich in geschäftliche Entscheidungen einzumischen. Und dann kommt man ganz schnell in ein Feld, in dem die wirtschaftliche Eigenverantwortung da in Konflikt gerät.

Zusammengefasst: Am Ende möchte ich nochmal deutlich machen, ich begrüße die Idee des Wir-Festivals absolut. Ich betone nochmal die aktuelle Haushaltslage und die finanzielle Verantwortung der Stadt. Und wir sollten uns hüten, hier in wirtschaftliche Entscheidungen hineinzugehen. Ich muss mit meinen Fraktionären natürlich nochmal. Ich hege Sympathien für diesen Antrag durchaus. Das sind zwei Punkte, die mich da an der Stelle stören. Deswegen würde ich mich heute hier erstmal enthalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Herr Wels. Ich habe jetzt Herrn Heym auf der Liste. Bitte schön, Herr Heym.

Herr Heym

Vielen Dank.

Am zweiten Wochenende im November findet in der Messe Halle eine Buchmesse unter dem Motto „Seitenwechsel“ statt. Namenhafte Persönlichkeiten wie Roland Tichy, Journalist und seit Jahrzehnten Gast im sonntäglichen Presseclub der ARD, sagen: „Ein Buch hat viele Seiten und jede Buchmesse viele Bücher.“ Unterschiedliche Bücher, diverse Farben, vielfältige Formen, verschiedene Genres, widerstreitende Meinungen. Das macht eine Buchmesse aus. Ich freue mich auf den Seitenwechsel mit so vielen Meinungen, wie Bücher Seiten haben.

Wolfgang Kupke, ehemaliger Bürgerrechter der DDR und 1990 Mitbegründer des Bündnis 90, äußert: „Als Hallenser freue ich mich, dass Sie mit der Buchmesse Seitenwechsel nach Halle kommen. Noch mehr würde ich mich freuen, wenn die Verlage dieser Buchmesse ganz normal, ohne Beeinträchtigungen, an den Buchmessen in Leipzig und Frankfurt teilnehmen könnten.“

Und Dr. Dieter Dehm, Autor und langjähriges Mitglied und Bundestagsabgeordneter der Linken, meint: „Ich begrüße das Engagement fernstaatlicher Finanzierung zur Schaffung eines neuen freien Lesefestes und einer Plattform, gerade für kleinere Verlage und Selbstverleger in Halle, außerordentlich. Dies ist für mich Ausdruck einer freien Gesellschaft. Ich wünsche dem Projekt viel Erfolg.“ Für mich als Marxist ist Bewegung aus den Widersprüchen besser, dass sie offen ausgetragen werden.

Von einer einseitigen, als rechtsextrem einzustufenden Buchmesse, wie es die Antragsteller offensichtlich in verleumdender Absicht im Antrag behaupten, kann also überhaupt keine Rede sein. Vielmehr werden sich hier freie Autoren mit kleinen Verlagen präsentieren und mit den Lesern diskutieren. Hier wollen Bürger nichts mehr und nichts weniger, als ihr Grundrecht aus Artikel 5 des Grundgesetzes wahrzunehmen. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit, die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Wenn die Antragsteller hier in ihrem Antrag die Verurteilung dieser Buchmesse durch das Exekutivorgan Stadtrat und außerdem ziemlich unverhohlen die Einflussnahme des Hauptverwaltungsbeamten auf die gewerbliche Tätigkeit der Messebetreiber fordern, so ist das nichts weniger als der Versuch, Andersdenkende bei der Ausübung ihrer verbrieften Grund- und Freiheitsrechte zu behindern, mit dem Ziel, deren Ausübung in unserer Stadt möglichst zu verunmöglichen.

Gut 35 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR, die auch für uns hier in Halle nach zwei Diktaturen erst bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte errang, stellt die inzwischen mehrfach umbenannte SED heute, sich wieder Linke nennt, wieder hin und die Grundrechte Andersdenkender in Frage. Längst hat sie dabei gemeinsam mit ihren willfährigen Helfern von SPD und Grünen einen ruinösen Zeitgeist an, der andere Meinungen nur noch im Feindschema wahrnimmt und bekämpft.

Als ehemaliger DDR-Bürger empfinde ich diesen Vorgang als absolut verstörend. Dass dies nachvollziehbar erhalten bleibt, beantrage ich Wortprotokoll zum Tagesordnungspunkt. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Herr Heym.

Nur eine kleine inhaltliche Korrektur, das ist nicht so schlimm: Der Stadtrat ist nicht als Exekutivorgan, das ist eine Kleinigkeit, ich wollte es nur sagen. Kontrollorgan und Exekutive ist entsprechend die Stadt, die dann nach dem kontrolliert sein, das durch den Stadtrat dann agieren darf.

Wir haben jetzt Frau Müller, bitte.

Frau Müller

Ja, vielen Dank. Ja, okay. Ich will vielleicht nochmal drauf zurückkommen. Ich habe das, also erstmal zu Herrn Heym, also das haben Sie jetzt, das war natürlich jetzt eine dicke Keule, die Sie da so schön abgelesen haben. Ich will, da will ich jetzt ja nicht viel dazu sagen, beziehungsweise komme ich gleich nochmal drauf zurück.

Vielleicht erstmal zu dem, was Herr Wels gesagt hat. Herr Wels, Ihre zwei Bedenken, die Sie da haben an der Stelle, also ganz ehrlich, Sie haben auf der einen Seite ja auch Ihre Sympathie für das Ganze zum Ausdruck gebracht, das war auch glaubwürdig. Ich wüsste jetzt zum einen nicht, warum das daran scheitern soll, dass die Stadtverwaltung lediglich prüfen soll, ob finanzielle Unterstützung nötig ist. Wenn die Stadtverwaltung feststellt, ist

nicht möglich und wahrscheinlich wird sie das feststellen, dann, also damit kann jetzt hier, ich glaube, so ein Anliegen, das ist nicht wirklich ein Argument, deshalb so einen Antrag abzulehnen.

Die zweite Geschichte war ja, dass Sie so ein bisschen bezweifeln oder das nicht so gut finden. Ich nehme mal an, Sie bezogen sich hier auf den Punkt 2b: Der Stadtrat ermuntert den Oberbürgermeister, das Gespräch mit den Betreibern usw. zu suchen. Und das ist genau das Ding. Und das war auch, Herr Heym, weil Sie ja vorhin am Anfang auch schon sagten, in der Einwohnerfragestunde, so, wie ich mich im Stadtrat geäußert hätte. Ich habe mich einmal im Stadtrat zu dieser Buchmesse geäußert. Und das war im Grunde genau im selben Zusammenhang, wie es jetzt hier auch steht. Ich hatte damals den Oberbürgermeister gefragt, ob es denn möglich ist, lediglich das Gespräch mit dem Messebetreiber zu suchen und ihn auch an seine unternehmerische Verantwortung mal sozusagen zu appellieren, ob das, ich sage es jetzt mal so platt, sein muss mit dieser Buchmesse, auch im Sinne der Stadt. Also wie gesagt, ich finde auch, private Unternehmer haben eine Verantwortung für diese Stadt. Und ich finde es durchaus legitim, dass sowohl ein Oberbürgermeister, auch als ein Stadtrat an eine unternehmerische Verantwortung auch appellieren kann und darf und wahrscheinlich auch sollte. So, der Oberbürgermeister hat damals in der Stadtratssitzung mir geantwortet, er sucht das Gespräch, weil er das ja sowieso auch immer sucht mit Herrn Zwerenz. Was daraus geworden ist, wissen wir nicht, keine Ahnung. Aber um nichts Anderes geht es ja in diesem Punkt 2b hier auch. Wir wollen den Oberbürgermeister ermuntern, das Gespräch zu suchen.

So, dann kommt es erstmal darauf an, ob der Oberbürgermeister das tut. Wenn der Oberbürgermeister das tut und Herr Zwerenz sagt: ich beharre hier darauf, dass diese Messe stattfindet, weil das ist meine unternehmerische Freiheit, genau dann können wir tatsächlich nichts dagegen tun. Das ist genau das, was ich vorhin auch gesagt habe. Und es will auch niemand was dagegen tun, zumindest jetzt hier in dem Rahmen, in dem wir uns hier befinden, sowohl was die Festivalbetreiber sind, als auch nichts dagegen tun im Sinne von stattfinden lassen das Ganze.

So, das ist glaube ich der Punkt und das muss man hier auch mal unterscheiden. Also wenn man einen Oberbürgermeister lediglich auffordert oder als Stadtrat an die Verantwortung eines privaten Unternehmers appelliert, dann ist das kein von oben reingreifen und auch keine Beschränkung unternehmerischer Freiheit, sondern dann ist das was, was man durchaus versuchen kann. Also mit dem einen oder anderen kommt man ja vielleicht doch auch mal noch ins Gespräch und kann sich Argumente austauschen und vielleicht erkennt man ja dann doch noch, so gut ist das hier nicht, weder für mich selbst noch für die Stadt. Aber wenn Herr Zwerenz das anders sieht, ja dann ist es so. So, dann können wir es auch nicht ändern und da will auch niemand verbieten oder irgendwas. Das stand ja nie zur Debatte.

Ansonsten glaube ich, haben die beiden Gäste jetzt hier auch gesagt, um was es hier geht. Das war nochmal, glaube ich, ganz gut dargestellt. Meine Fraktion, wir stehen ja auch mit drauf, unterstützt das natürlich.

Und Herr Heym, nur nochmal zu Ihnen, weil Sie ja wirklich diesen sehr, naja, wie gesagt, diesen Beitrag hier so gehalten haben, wie Sie ihn gehalten haben. Was Sie von demokratischer Diskussionskultur und Meinungsfreiheit halten, das haben wir eigentlich hier gerade deutlich gemacht, als es darum ging, den beiden Gästen das Rederecht zu erteilen. Sie haben nicht mal das Rederecht erteilt. Sie haben sich nicht mal enthalten. Sie haben gegen das Rederecht der beiden Gäste gestimmt. Also, erzählen Sie hier bitte nichts von Demokratie und Meinungsfreiheit. Wirklich nicht. Damit haben Sie sich schon wirklich an der Stelle, eigentlich in dieser Diskussion, ja disqualifiziert gehabt. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Frau Müller, vielen herzlichen Dank.

Es ist so, ich hatte Herrn Zwerenz getroffen, Frau Müller, am 2. Juni, bin also der Bitte des Stadtrats, glaube ich, Ihnen auch nachgekommen und als kleinen Hinweis vielleicht: Ich meine, Sie sind ja genauso demokratisch gewählt wie ich und auch Stadträtin und man kann ja auch als Stadtrat auf eine Messe noch zusätzlich hinwirken. Das heißt, es hindert Sie niemand daran, noch zusätzlich auch persönlich das Gespräch zu suchen mit der entsprechend hier unternehmerisch tätigen Person. Jetzt Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Frau Müller, die Abstimmung des Rederechts, das wissen Sie so gut wie ich, ist ein demokratischer Vorgang. Insofern habe ich nur davon Gebrauch gemacht, was mir hier legitim zusteht. Ich war im Kulturausschuss mehr als einmal anwesend, als ein Rederecht nicht gewährt wurde, weil diejenigen, die mit Rederecht versorgt werden sollten, anschließend hier entsprechend um Fördermittel ersuchten, und das passte nicht zusammen. Und an der Stelle ist das ja in Ihrem Antrag ähnlich. Von daher mir hier aus der Richtung irgendwo was diametral zur Meinungsfreiheit zu unterstellen. Also, das ist wirklich schäbig. Ich bitte Sie.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Moment Frau Müller, ich würde Ihnen das Wort nochmal erteilen, weil Sie direkt angesprochen wurden sind. Nein, okay.

Herr Raabe, bitte.

Herr Ferdinand Raabe

Vielen Dank. Ich darf ja hier als, wir sind ja als Volt scheinbar nicht Teil der Linken Einheitsfront, deshalb kann ich ja hier noch ganz unbeteiligt reden.

Jetzt vielleicht schon, genau.

So eine Messe ist natürlich in der Außenwirkung, genauso wie auch das Wir-Festival im positiven Sinne, ein ganz zentraler Faktor des Stadt-Images. Und deshalb haben wir natürlich als Stadtrat hier auch die Aufgabe, zum Wohle der Stadt da auch beispielsweise eine Resolution dahin zu verabschieden, dass man eben das Gespräch mit einem Betreiber jetzt von der Halle Messe sucht, so wie man auch, wenn jetzt jemand ein Atomkraftwerk in Kanena bauen will, man natürlich auch sagen würde, der hat da vielleicht ein wirtschaftliches Interesse, aber das kann natürlich der Stadt jetzt nicht gut tun. Und so kann es eben auch mit dem Stadt-Image ein Faktor sein, wo man ganz klar sagen muss, wir müssen hier aktiv werden, natürlich sind unsere Mittel beschränkt, aber dann sollten wir auch alle Mittel, die wir in dem beschränkten Rahmen haben, nutzen.

Und wir sehen das als ganz zentrales Problem jetzt auch nach dem Zensus, wir brauchen Einwohnerzuwachs am besten, wir brauchen dafür Zuwanderung. Wir sehen das in ostdeutschen Städten, wo die AfD-Wahlergebnisse in den letzten Jahren angestiegen sind, dass dort Universitäten mit Nachwuchsproblemen kämpfen. Und diese Gefahr müssen wir eben in Halle vorbeugen und deshalb ist es toll, dass es so eine Bewegung aus der Zivilgesellschaft gibt. Sie zeigt, dass eben diese rechte Buchmesse nicht das ist, was Halle ausmacht, sondern wir haben hier eine große aktive Basis, die zeigt, die Mehrheit ist demokratisch. Herr Heym, weil Sie ja Artikel 5 des Grundgesetzes angesprochen haben: Es gibt auch Artikel 1 des Grundgesetzes, die Würde des Menschen ist unantastbar. Und wie schon erwähnt wurde, viele der Verlage haben da wohl ein bisschen beschränktes Bild drauf.

Und vor diesem Hintergrund finde ich es wichtig, dass wir dieser Resolution auch hier mit einer breiten Basis zustimmen, dass wir ganz klar zeigen, wir kämpfen für das Image unserer Stadt, wir kämpfen für diesen Standortfaktor und wir kämpfen auch dafür, dass wir in Zukunft noch eine attraktive Wissenschaftslandschaft haben, eine attraktive Universitätslandschaft,

für die eben dieses Image ganz besonders entscheidend ist. Und deshalb würde ich auch hier nochmal werben, wir eben mit einem breiten Konsens diese Resolution mittragen und diesen Auftrag mitgeben und dieses Zeichen, dass wir eben zeigen, dass wir hier für dieses demokratische Festival sind und eben nicht die Stadt sind, in der solche Machenschaften quasi unwidersprochen stattfinden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Raabe. Ja, die Liste wird verlängert. Wir haben jetzt erst Herrn Eigendorf, dann kommt Herr Kehr wieder und dann kommt Herr Schöder.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann gar nicht anders, als Ihnen kundzutun, dass ich zutiefst überrascht und erschüttert bin von dem Redebeitrag von Herrn Heym, weil ich eigentlich davon ausgegangen bin, dass er mit dem, was er zitiert, jetzt eigentlich für den Antrag sprechen möchte. Herr Heym, Sie haben vorgelesen aus Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.“ Nichts Anderes tun wir an dieser Stelle auch mit diesem Antrag, den wir einbringen. Nichts Anderes tun im Übrigen auch die Initiatoren und Initiatoren des Wir-Festivals. Das gehört nämlich auch zu einem demokratischen Diskurs dazu, die Meinung kundzutun, zu sagen, wie man etwas sieht, wie man etwas findet, und sich entsprechend auch öffentlich dazu zu positionieren.

Wenn dieser Verweis auf Artikel 5 Absatz 1 unserer Verfassung jetzt nicht nur das war, was Sie verwenden, wenn es gerade mal passt, sondern wenn Sie es auch so meinen, müssten Sie eigentlich auch erkennen, dass dieser Antrag, der hier vorliegt, genau davon gedeckt ist.

Und noch ein zweiter Punkt. Sie haben auf Frau Müller geantwortet zur Frage der Erteilung des Rederechtes. Sie hätten von Ihrem Recht als Stadtrat Gebrauch gemacht, das abzulehnen. Auch da haben Sie völlig recht. Genauso haben wir als antragstellende Fraktion auch von unserem Recht Gebrauch gemacht, diese Resolution einzubringen, zur Diskussion zu stellen und am Ende, in der nächsten Woche im Stadtrat, zur Abstimmung zu bringen. Dieses Recht gibt uns unsere Kommunalverfassung und das Mandat, das wir bei der letzten Kommunalwahl errungen haben. Und insofern ist das hier an dieser Stelle auch nichts Unanständiges.

Und noch ein dritter Punkt, den ich bemerkenswert finde. Ich verstehe ja durchaus den rhetorischen Kniff, der jetzt nicht mal unsmart ist, zu versuchen, das hier irgendwie jetzt als Initiative darzustellen, die von Frau Müller und den anderen Linksrünen an dieser Stelle eingebracht wird, über Kollege Raabe. Sie gehören dann auch mit dazu, dann haben wir das jetzt auch geklärt. Und dass das irgendwie sowas ist, was jetzt hier wieder dieses politische Spektrum veranstaltet. Das ist ja genau andersrum. Wir haben uns ja das Wir-Festival nicht ausgedacht. Das ist eine breite Initiative aus der Zivilgesellschaft, getragen von verschiedenen Organisationen, von Kultureinrichtungen, aber auch von Unternehmen. Und hier wird es ja auch wieder spannend.

Ich erinnere mich an Ihre Redebeiträge im Stadtrat, in denen Sie immer wieder sagen: „Jetzt lasst es doch die Unternehmer in unserer Stadt mal machen.“ Und da haben wir auch eine Vertreterin, der Initiatoren und Initiatorinnen, die Unternehmerin in Halle, die das tut, was sie immer beim Unternehmertum voranstellen, wirtschaftlich handelt, die dafür sorgt, dass unsere Stadt wirtschaftlich erfolgreich ist und wir auch als Stadt mit unserem städtischen Haushalt davon profitieren. Und dann hat man schon das Gefühl, wenn Sie das dann sagen, wir müssen die Unternehmen doch machen lassen, meinen Sie eigentlich, wir müssen die Unternehmen machen lassen, solange die sich nicht politisch äußern oder zumindest nicht in eine andere Richtung, weil dann ist es nämlich sofort unanständig. Dann gilt wieder Artikel 5

Absatz 1 unseres Grundgesetzes nur in die eine Richtung. Das finde ich zutiefst problematisch.

Und ich glaube, mit der Resolution, die hier vorliegt, haben wir einen sehr ausgewogenen Vorschlag gemacht, zu dem sich der Stadtrat verhalten soll und verhalten kann. Und zwar ist natürlich als Antragstellerinnen und Antragsteller auch völlig klar, dass wir darüber diskutieren werden. Und dass es auch noch einige Punkte gibt, über die wir, lieber Andreas Wels, in Austausch treten müssen.

Zu der Frage, wie ist es zum Beispiel mit der finanziellen Auswirkung, da möchte ich aber gar nicht weiter dazu ausführen, da hat Frau Müller schon alles gesagt.

Aber diesen Antrag jetzt hier hinzustellen als eine große Beschneidung der Meinungsfreiheit und was ganz Unanständiges, das möchte ich an dieser Stelle so nicht stehen lassen. Wir tun genau das, was unsere Rechte sind. Wir äußern unsere Meinung, wir bringen Vorschläge in den Stadtrat ein und da können wir darüber diskutieren. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Herr Eigendorf. Ich habe jetzt Herr Vierkant auf der Liste, Herrn Kehr wieder, Herrn Schöder und nochmal Herrn...

Herr Heym

Auch Ihre Intention, die Sie mir unterstellen, weise ich zurück. Herr Eigendorf, ich habe gegen das WIR-Festival nicht ein einziges Wort vorgetragen. Ich habe Ihnen erklärt, dass der Artikel 5 des Grundgesetzes der Versuch ist, den Sie hier unternehmen, anzugreifen, indem Sie Meinungen, die Ihnen nicht gefallen, nicht in Halle veröffentlicht sehen möchten. Das ist Ihre Zielsetzung. Das machen Sie ein bisschen verbrämt, aber darum geht es. Und es ist einfach, tatsächlich wahrzunehmen, dass Sie andere Meinungen nur noch in der Lage sind, im Feindschema wahrzunehmen und zu bekämpfen. Entsprechende Auseinandersetzung möchten Sie nicht. Warum wollen Sie denn sonst über den OB, das steht ja in Ihrem Antrag, Einfluss auf den Messebetreiber nehmen und reden davon, dass der Ruf der Stadt in Gefahr sei, nur weil hier entsprechende Autoren und Verleger mit ihrem Publikum in Kontakt treten? Also, da ist tatsächlich doch die Frage: Was ist denn Ihre Zielsetzung, wenn Sie hier im Antrag extra einen gesamten ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

...Moment...

Herr Heym

... die Stelle entsprechend verschriftlicht haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, Herr Heym, herzlichen Dank. Dann würde ich jetzt bitte Herrn Kehr wieder das Wort erteilen. Herr Vierkant, ich hatte Sie jetzt schon. Ja, Herr Vierkant, das ist doch selbstverständlich. Herr Vierkant, bitte.

Herr Vierkant

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Halle hat die große Chance, sich als Leuchtturm der immer mehr bedrohten Meinungsfreiheit zu präsentieren. Die Buchmesse Seitenwechsel bietet hier eine gute Gelegenheit. Was fällt Ihnen von der Vereinigten Linken wieder der zu sein? Sie verleumden und wollen staatliche Mittel dafür einsetzen, eine komplett in privatwirtschaftlicher Eigenverantwortung organisierte Buchmesse zu diskreditieren und die Veranstalter und Kooperationspartner nach Möglichkeit wirtschaftlich zu schädigen. Dies alles eine Woche nachdem in den USA Charlie Kirk öffentlich erschossen wurde, ein Mann mit dessen amerikanischer Weltsicht, mit der ich nicht

übereinstimme, der sich aber dafür eingesetzt hat, dass die gespaltene Gesellschaft der USA wieder in den Dialog tritt. Sie hingegen wollen die Gesellschaft weiter spalten und missliebige Meinungen diskreditieren, damit sie am besten verstummen. Insofern hätte ich eigentlich erwartet, dass Sie die Woche nutzen, um wenigstens den Teil Ihrer Resolution zu streichen, der dazu auffordert, offen gegen die Buchmesse vorzugehen. Sie verletzen hier die Veranstalter und Aussteller, nicht nur im offensichtlichen Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit gemäß Artikel 5 Grundgesetz, sondern auch auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Artikel 2, ganz zu schweigen von der Berufsausübungsfreiheit nach Artikel 12 Grundgesetz, die Sie durch die öffentliche Rufschädigung der Aussteller und auch der Messe schädigen. Sie berufen sich darauf, dass das Festival vom Stadtrat unterstützt werden solle, um ein Zeichen Richtung Zukunftszentrum für deutsche Einheit an europäische Transformationen zu senden. Die von Ihnen hier beschworene Vielfalt wird durch den Antrag aber hier zur Einfalt verlagert. Das Ausstellen untersagen zu wollen, weil Sie sich nicht exakt auf Ihrer Linie bewegen, zeugt eben nicht von einer Art Vielfalt, sondern von autoritärem Denken und fördert die Spaltung und nicht die Einheit. Was das sogenannte Festival angeht, können Sie gerne Lesungen und dergleichen durchführen. Es stellt sich nur die Frage, wie es sein kann, dass hier nach Ihrem Willen ein Festival mit Unterstützung des Stadtrats stattfinden soll, das wohl durch illegale Plakatierung in der Stadt von den Veranstaltern beworben wird. Auch stellt sich die Frage, ob die Stadt hier wirklich finanzielle Unterstützung leisten sollte und kann, nachdem sich klar politisch einseitig positioniert wird, dass alles in einer Zeit, in der die Bürger aufgrund der angekündigten massiven Steuererhöhungen in der Stadt immer größere Existenzängste entwickeln.

Schließlich möchte ich noch über Ihre Kritik am Termin 9. November zu sprechen kommen, der in diesem Jahr ein Sonntag ist, insofern für die Aussteller der Buchmesse höchstens noch dazu dienen, ihre Kisten wieder einzupacken. Wenn dann also im nächsten Jahr der 9. November ein Montag ist und die Messe im Zweifel am Wochenende danach stattfindet, kritisieren Sie dann, dass der Diabetes-Tag am 14.11. in Mitleidenschaft gezogen wird, oder das hinduistische Lichterfestival am 8.11.?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Stopp jetzt. Also gut, ich möchte nochmal bitte an Sie appellieren. Wir sind jetzt bei dem Punkt schon über einer Dreiviertelstunde. Ich glaube, wir haben hier wirklich hoch und runter jetzt unsere Positionen ausgetauscht. Ich kann mittlerweile, sehe ich hier manche Sachen, zehnmal. Natürlich können wir auch bis heute Abend 22 Uhr hier sitzen und ich werde auch bis 22 Uhr führen. Und ich möchte Sie nur bitten, auch in Ihrem eigenen Interesse, auch Kinderbetreuung war ja hier das Thema, dass die nicht so lange ist, dass entsprechend wir auch bald hier zu einem Ergebnis kommen und zwar zur Abstimmung. Bitte Herr Kehrwieder, Sie haben jetzt das Wort.

Herr Kehrwieder

Ja, ich habe heute noch nicht so viel gesagt, deswegen bin ich nicht an der Sitzungsverlängerung beteiligt. Ja, also das Problem ist ja eigentlich, dass man sich bei so einer Abstimmung zu so einem Antrag besser fünfmal erklärt, bevor jemand was in den falschen Hals bekommt.

Ich würde mal kurz damit anfangen: Ich finde das Wir-Festival gut. Zivilgesellschaftliches Engagement ist immer zu begrüßen, egal ob es gegen eine Buchmesse geht, ob es gegen irgendeinen großen Kongress geht. Das ist okay, wir sind in einer Demokratie, genauso wie es das Recht gibt, hier als Stadtrat eine Resolution zu verabschieden, wenn sich demokratische Mehrheiten finden. Dann gibt es genauso das Recht, dass man sich zivilgesellschaftlich zusammenfindet und da ein Wir-Festival organisiert. Das ist überhaupt kein Problem und die Kritik daran ist auch etwas undemokratisch zu verstehen, weil das ist das Recht eines jeden Einzelnen, sich zusammenzufinden und so ein Festival zu begründen.

Ich habe aber ein bisschen ein anderes Verständnis davon, wie man mit solchen Meinungen, die da offensichtlich auf dieser Buchmesse vertreten werden, umgehen soll. Und deswegen möchte ich mein Abstimmungsverhalten dann später hierzu auch mal erklären. Ich stimme nicht mit diesen Inhalten dort überein, aber ich habe in meinem Studium noch gelernt, dass man auch mal Texte lesen soll, mit denen man diametral nicht zustimmt, die man nicht mag und die man auch nicht unbedingt als demokratisch erachten sollte, weil es wichtig ist, zu wissen, wie die andere Seite denkt, damit man sie im besten Fall widerlegen kann.

Und ich werde diesem Wir-Festival-Antrag nicht zustimmen, weil meine persönliche Einstellung ist: Lieber lese ich so ein Buch und rede mit jedem Einzelnen dort vor Ort und sage, warum seine Meinung, die er hat, schlecht ist und falsch ist, als sie vorher daran zu hindern oder auch nur zu verbieten zu wollen, dass dann jemand diese Messe absagt. Deswegen werde ich diesen Antrag ablehnen, nicht, weil ich irgendwie diese Buchmesse gut finde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Herr Kehrwieder. Ich wollte jetzt Herrn Schöder nochmal das Wort geben und dann, wenn Sie einverstanden sind, das Schlusswort gerne Ihnen, bitte Ihnen das Schlusswort dann überreichen, einfach dann auch als Punkt. Bitte schön.

Herr Schöder

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Mich langweilt es auch allmählich hier, weil immer wieder die Argumente, Sie lachen die ganze Zeit und das hat mich auch aufgeregt. Mich regt es jetzt auf, dass Frau Müller, als wir hier gegen das Rederecht votierten, mir einen Vogel zeigte. Das sind Dinge, die einfach nicht gehen. Sie reden von Vielfalt, Sie reden von Demokratie und tun es jetzt aber nicht. Dann lassen Sie doch die Buchmesse Buchmesse sein. Das, was Herr Kehrwieder gerade gesagt hat, dem stimme ich 100 % zu. Ich verstehe das nicht. Ich kriegte eine WhatsApp, als ich zur AfD-Fraktion als Parteiloser gegangen bin, von Frau Müller: „Ich rede erst wieder mit dir, wenn du aus der Fraktion austrittst.“ Ich hab's schriftlich, ich hab's mir kopiert. Ich kann's hinlegen. Das geht nicht. Das ist genau das, dass man dann plötzlich sagt: „Ich rede mit dir nicht.“ Das steht absolut im Gegensatz zu dem, was Sie bei mir wollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Wir haben hier einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Erdsack.

Herr Dr. Erdsack

Ja, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich stelle den Antrag, Geschäftsordnungseintrag...

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Also es geht, nein, ich kann das, entschuldigen Sie bitte, Herr Erdsack, ich kann das verstehen, weil ich fand auch gerade, dass Ihr Redebeitrag eigentlich jetzt nichts mehr zu tun hatte mit dem Thema. Und deswegen werde ich jetzt tendenziell eigentlich dafür, von Herrn Erdsack das anzunehmen.

Herr Schöder, dann machen wir das so, wenn Sie unbedingt drauf bestehen, dann führen Sie Ihre Rede zu ende.

Herr Schöder

Vielen Dank, dass ich ausreden kann. Ich finde, das, was ich gesagt habe, hat gerade was mit Demokratie, hat gerade was mit Meinungsfreiheit und hat gerade auch was mit Respekt zu tun. Und den verlange ich von allen, die hier am Tisch sitzen, für jeden Redebeitrag. Das

andere will ich nicht wiederholen. Ich finde es toll, was Sie da machen. Alles gut, Sie können auch machen, was Sie wollen. Geld haben wir momentan nicht. Punkt, aus, fertig. Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke, Herr Schöder. Bitte, Herr Dr. Erdsack.

Herr Dr. Erdsack

Ja, danke, Herr Oberbürgermeister. Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache und Abstimmung mit der Begründung, dass ich das Gefühl habe, dass Sensing, dass im Raum sich jeder auf seine Abstimmung und seine Entscheidung festgelegt hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke. Vielen Dank, Herr Dr. Erdsack. Erlauben Sie das wir trotzdem noch, dann müssen wir jetzt, jetzt wird es ein bisschen kompliziert, also wir machen jetzt die Abstimmung. Ich hatte eigentlich noch denen das Schlusswort gegeben. Dann müssen wir jetzt, ich wollte noch ein bisschen Kulanz zeigen, aber dann ist das so, das tut mir leid. Dann würde ich jetzt bitte abstimmen lassen zu dem Vorschlag von Herrn Dr. Erdsack.

Frau Ranft

Ich hätte da eine Gegenrede dagegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, die Gegenrede bitte schön.

Frau Ranft

Also, Herr Dr. Erdsack, ich kann Ihr Anliegen extrem verstehen, ich bin auch total genervt, aber anders als andere melde ich mich einfach nicht, wenn ich genervt bin, dass der Tagesordnungspunkt so lange dauert, und wiederhole nicht alles, was gesagt wurde. Ich hatte mich am Anfang geäußert. Aber wir können doch jetzt nicht diese Debatte hier abbrechen, das geht doch jetzt auch nicht. Also, das ist doch auch nicht richtig. Alle reden sich die Köpfe heiß, um es mal ein bisschen salopp auszudrücken, und jetzt kommen wir mit diesem Schwert der Geschäftsordnung. Das finde ich in diesem Fall nicht in Ordnung und deswegen werde ich dagegen stimmen. Aber ich werde auch gegen 18 Uhr losgehen, weil ich noch Anschlusstermine habe. So ist das manchmal. Ich bitte trotzdem darum, dass sich alle beschränken und nicht wiederholen und sich nicht permanent persönlich angesprochen. Und ich möchte mich nicht, ich bin nicht der linke Block, ich bin die Grünen, und Sie können die Linken weiter erhöhen, dass Sie sagen, wir sind alle im linken Block, dann machen Sie das. Aber ich bin jetzt dagegen, ich weiß gar nicht, was Sie beantragt haben, Abbruch oder Unterbrechung, ich bin dagegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, dann lassen wir jetzt abstimmen. Wer ist dafür, dass jetzt diese Aussprache hier an dieser Stelle abgebrochen wird? Der möchte bitte seine Hand heben.

Ne, stopp. Kann ich nochmal korrigieren? Gibt's das? In Brüssel geht das. Darf man nochmal. Dann habe ich grad einen Fehler gemacht, einen intellektuellen. Es tut mir leid, weil es geht mir um Sie. Entschuldigung, also ich mach meinen Arm wieder runter. Wir machen nochmal Abstimmung. Wer ist für den Abbruch? Wer ist für den Abbruch? Ja, genau. Wer ist dagegen? Es geht nicht um den linken Block. Es tut mir leid.

Frau Donner

Es ist ein bisschen schade, weil vom Prinzip her ist es um uns und ich hätte gerne was dazu gesagt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Tut mir leid, tut mir leid. Ich möchte Sie bitten, wieder auf ihre Plätze zurückzubegeben, aber ich glaube, wir haben uns ja ausgetauscht ohne Änderung.

Jetzt kommen wir zur Resolution. Es steht jetzt zur wichtigsten Entscheidung bestimmt des heutigen Tages aufgrund der Rededauer. Wer ist für den Antrag der SPD, Grüne und die Linke, Volt / MitBürger und Frau Jacobi und Herrn Schied zur Unterstützung des WIR-Festivals in Halle-Saale, möchte jetzt bitte mit Ja seine Hand heben. Dann möchte ich jetzt bitte diejenigen, die dagegen sind, bitten, die Hand zu heben. Und last but not least die Enthaltungen. Damit ist die Resolution mehrheitlich abgelehnt. Vielen herzlichen Dank.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Zum WIR-Festival
 - a. Der Stadtrat unterstützt entschieden das WIR-Festival, das sich aus der Mitte der Zivilgesellschaft gebildet hat und begrüßt dessen geplante Initiativen und Aktionen im Kontext der Buchmesse „Seitenwechsel“ und darüber hinaus. Ferner begrüßt der Stadtrat die Vielfalt der geplanten Veranstaltungen und der Akteur:innen.
 - b. Der Stadtrat bekennt sich zu den Zielen des Festivals auch vor dem Hintergrund, dass die Stadt Halle (Saale), die in absehbarer Zeit das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation am Riebeckplatz beheimaten wird, mit dem Festival ein sicht- und hörbares Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit setzt, das überregional, national und international wahrgenommen werden kann. Damit bekennt sich der Stadtrat ebenso zu Halle als Ort der Wissenschaft, in dem bedeutende nationale und internationale Einrichtungen der Wissenschaft zu Hause sind.
 - c. Der Stadtrat begrüßt jegliche Unterstützung des Festivals seitens der Stadtverwaltung. Im Rahmen der Möglichkeiten sollen ideelle und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten zur Durchführung des Festivals geprüft werden.
 - d. Der Stadtrat ruft die Hallenser:innen dazu auf, die Aktionen im Rahmen des Festivals zu unterstützen, sich selbst einzubringen und sich für ein freiheitliches, weltoffenes und vielfältiges Halle in Gegenwart und Zukunft zu engagieren.
 - e. Der Stadtrat bekennt sich mit der Unterstützung für das aus der Zivilgesellschaft entstandene Festival zu seiner politischen und gesellschaftlichen Verantwortung gegen Ausgrenzung, Rassismus und Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Diese Verantwortung wird auch vor dem Hintergrund des Anschlags vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) wahrgenommen.
2. Zur Buchmesse „Seitenwechsel“
 - a. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) distanziert sich vom Inhalt und verurteilt die Ausrichtung der Buchmesse „Seitenwechsel“, die am 8. und 9. November 2025 in Halle (Saale) stattfinden soll.
 - b. Der Stadtrat ermuntert den Oberbürgermeister, (erneut) das Gespräch mit den Betreibern der HALLE MESSE GmbH zu suchen und sie dabei auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung als Unternehmer hinzuweisen. Der Stadtrat

stellt fest, dass bereits in der Vergangenheit mehrfach Veranstaltungen in der Messe stattfanden, die Halles Ruf beschädigt haben, weil deren Veranstalter:innen klar am extrem rechten Rand zu verorten waren bzw. deren Verfassungstreue in Zweifel gezogen werden konnte.

- c. Der Stadtrat verurteilt die Durchführung der als rechtsextrem einzustufenden Buchmesse vor dem Hintergrund der Bedeutung des 9. Novembers in der deutschen Zeitgeschichte. Die Terminierung der Buchmesse ist eine Provokation mit Blick auf das Gedenken an die Pogrome am 9. November 1938 und die Ereignisse am 9. November 1989 im Rahmen der Friedlichen Revolution, die in der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten mündete.

zu 8 Mitteilungen

- zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der CDU-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle/Posthornstr.
Vorlage: VIII/2025/01568**
-

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt informierte, dass es erforderlich ist, den Neubau entsprechend zu analysieren und zu prüfen, welche Investoren auch in der Umgebung dafür in Frage kommen. Er sagte, dass diese Prüfung Zeit bedarf.

- zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu den Blumenkästen an der Marktplatzseite des Ratshofes
Vorlage: VIII/2025/01562**
-

Herr Rebenstorf informierte, dass für zukünftige Bepflanzungen die Pflanzenmischung etwas Diverse ausfallen soll. Aufgrund der kurzfristigen Entscheidung zur Begrünung des Ratshofes war dies nicht möglich.

- zu 8.3 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Philipp Pieloth (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Integrierten Klimaschutzkonzept
Vorlage: VIII/2025/01459**
-

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregung insoweit mit aufgenommen wird, dass die Stadt für das neue Klimaschutzkonzept prüft, ob ein außenliegender Sonnenschutz bei Schulen und Kindertagesstätten verbessert werden kann.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Philipp Pieloth zur Haushaltskonsolidierung

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt informierte, dass es keine Chauffeure in der Verwaltung gibt, sondern nur einen Fuhrparkmitarbeiter, der den Oberbürgermeister, seine Beigeordneten und den Bürgermeister bei Bedarf fährt und eilige Dokumente ausliefert. Wegen Urlaubs- und Krankheitsvertretung wurde ein weiterer Mitarbeiter im Fuhrpark eingestellt. Das neue Dienstauto des Oberbürgermeisters wurde vor Amtsantritt bestellt. Er betonte, dass das Dienstauto für die Handlungsfähigkeit wichtig ist, und bat die Presse, keine falschen Darstellungen zu verbreiten.

**zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradbügeln am Riveufer
Vorlage: VIII/2025/01476**

Herr Rebenstorf informierte, dass die Verwaltung den weiteren Bedarf an Fahrradbügeln prüft und je nach Ergebnis und Mittelverfügbarkeit über die Aufstellung einer mobilen Fahrradabstellanlage entschieden wird.

**zu 8.6 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufstellen einer Tischtennisplatte auf dem Spielplatz "Am Kirchtor"
Vorlage: VIII/2025/01478**

Herr Rebenstorf informierte, dass wegen fehlender Abstandsflächen am Kirchtor der Anregung nicht gefolgt werden kann. Er sagte, dass stattdessen ein alternativer Standort an der Würfelwiese beim Bolzplatz geprüft wird. Weiter sagte er, dass der Sand in der Sandkiste gegen speziellen Sand ausgetauscht werden soll.

**zu 8.7 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Gestaltung der Hallmarkttreppe
Vorlage: VIII/2025/01379**

Frau Dr. Marquardt informierte, dass für die Gestaltung der Hallmarkttreppe die Stadtwerke zuständig sind. Nach einem Gespräch mit den Stadtwerken kann der Anregungen aus verschiedenen Gründen nicht gefolgt werden.

**zu 8.8 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Instandsetzung des Bürgersteigs am Hibiskusweg
Vorlage: VIII/2025/01456**

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregung aufgenommen wurde und die Oberflächen so instandgesetzt werden, dass Wurzelaufbrüche repariert werden und der Weg wieder gut begehbar ist.

**zu 8.9 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zum Radfahrverbot auf dem Bürgersteig in der Zerbster Straße
Vorlage: VIII/2025/01457**

Herr Rebenstorf informierte, dass das Verkehrszeichen 239 (Gehwegschild) aufgestellt wird, damit für Radfahrer deutliche wird, dass es sich um einen Gehweg handelt.

**zu 8.10 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Überarbeitung des Fragebogens für die Einwohnerfragestunde
Vorlage: VIII/2025/01458**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt informierte, dass die Verbesserungsvorschläge inkludiert wurden und es gegebenenfalls weiteren Anpassung geben wird.

zu 8.11 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Yvonne Krause zu Absperrungen auf dem Laternenfest

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregungen aufgenommen und die Durchgangsbreiten bei allen künftigen Veranstaltungen beachtet wird.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Frau Ranft zum IKC

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Ranft

Vielen Dank. Ich habe ein paar Fragen. Ich würde gerne den aktuellen Sachstand zum IKC-Neubau erfragen wollen. Wie ist da der Stand? Ich habe gehört, da sind eigentlich die Baugenehmigungen erteilt. Es ging noch um eine Einfahrt oder um einen Parkplatz. Das

habe ich nicht genau verstanden. Ob Sie da mal ausführen könnten, wie da der Sachstand ist, wann das losgeht?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke Frau Ranft, das ist noch in baurechtliche Prüfung und sobald wir da Ergebnisse haben, werden wir Sie informieren.

Frau Ranft

Und wer prüft das baurechtlich? Können Sie dazu noch etwas sagen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Na der GB II.

Frau Ranft

Okay, vielen Dank.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.2 Frau Ranft zu Stadionverboten

Frau Ranft sprach die Ausschreitungen im letzten Fußballspiel des HFC gegen Leipzig an und fragte, ob die Stadt als Eigentümer des Stadions ebenfalls Stadionverbote aussprechen kann, ähnlich wie in Jena. Sie betonte, dass Halle aufgrund sportlicher Erfolge im Fokus stehen soll und nicht durch solches Verhalten negativ auffallen darf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass der Vorschlag von der Verwaltung geprüft wird.

zu 9.3 Herr Raabe zur Informationsvorlage Umsetzung von Beschlüssen

Herr Ferdinand Raabe fragte, wann die Informationsvorlage zur Umsetzung von Beschlüssen dem Stadtrat zur Verfügung gestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass die Verwaltung derzeit an der Informationsvorlage arbeitet und diese schnellstmöglich dem Stadtrat zur Verfügung gestellt wird.

zu 9.4 Herr Heym zu illegalen Plakatieren

Herr Heym wies auf das Problem des illegalen Plakatierens in der Stadt Halle hin, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Wir-Festival“. Die Plakate tauchen häufig auf Stromkästen und privaten Hausflächen auf. Er fragte, ob der Stadt dieses Problem bekannt ist und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt antwortete, dass dies der Verwaltung bekannt ist. Er sagte, dass man dies in europäischen Großstädten nicht verhindern kann.

zu 9.5 Herr Wels zur Haushaltssatzung

Herr Wels bezog sich auf den Haushaltsplan 2026 und wies darauf hin, dass bei fast allen Posten und Produkten die Kennzeichnung fehlt, ob es sich um freiwillige Leistungen oder eine Pflichtaufgabe handelt. Er fragte, wieso die Kennzeichnungen fehlen.

Herr Bürgermeister Geier sicherte eine Prüfung zu.

zu 9.6 Herr Dr. Erdsack zu abgestellten Fahrzeugen

Herr Dr. Erdsack wies auf mehrere alte, rostige und teils abgemeldete Autos ohne Kennzeichen im Innenhof am Braunschweiger Bogen / Wolfsburger Straße in Halle-Neustadt hin. Er fragte, ob der Stadt dieses Problem bereits bekannt ist und was unternommen werden kann.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu. Er wies darauf hin, dass geprüft werden muss, ob die Autos auf öffentlichen Grund oder privaten Grund abgestellt wurden.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Alexander Vogt
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer